

## Von Porto Alegre nach Europa. Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerhaushalts<sup>1</sup>

Carsten Herzberg, Anja Röcke, Yves Sintomer

Der Bürgerhaushalt ist das erfolgreichste Partizipationsinstrument der letzten 15 Jahre. Nachdem er in Lateinamerika erfunden wurde, verbreitete er sich über den ganzen Globus.<sup>2</sup> In Europa entstanden Bürgerhaushalte gleichzeitig in sieben, meist westeuropäischen Ländern. In vier weiteren befinden sich Verfahren in Vorbereitung bzw. in einer Vorstufe. Insgesamt gibt es über 50 europäische Städte mit einem Bürgerhaushalt, dazu gehören Großstädte wie das über siebenhunderttausend Einwohner zählende Sevilla in Spanien oder Bezirke der Hauptstädte London, Paris, Rom und Berlin,<sup>3</sup> aber auch mittlere Städte wie Hilden und Emsdetten in Deutschland und kleinere Kommunen wie Grottammare oder Altidona in Italien.<sup>4</sup> Obwohl ein Schwerpunkt der internationalen Entwicklung in Deutschland liegt und man sich hierzulande eingehend mit dem Bürgerhaushalt beschäftigt hat, weiß man wenig über die Erfahrungen andernorts. Und so stand am Anfang unserer Forschung die Frage, welche Formen des Bürgerhaushalts in Europa existieren und welche darüber hinaus möglich wären. Des Weiteren wollten wir wissen, inwiefern und unter welchen Bedingungen der Bürgerhaushalt einen Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung, Erneuerung der Demokratie und Stärkung sozialer Gerechtigkeit leisten kann.<sup>5</sup> Im Folgenden wird die Entstehungsgeschichte des Bürgerhaushalts im brasilianischen Porto Alegre und sein Weg nach Europa beschrieben. Dabei wollen wir zeigen, dass der Bürgerhaushalt sich nicht auf *ein* Modell beschränkt, sondern unterschiedliche Formen annehmen kann. Hierzu präsentieren wir eine Typologie der Verfahren, an die sich eine Diskussion über die möglichen Wirkungen und Grenzen von Bürgerhaushalten anschließt. Parallel dazu geben wir an mehreren Stellen des Textes Hinweise zur Implementierung der verschiedenen Verfahren.

---

<sup>1</sup> Der Beitrag erschien in: Heinz Kleger/Jochen Franzke (Hg.), 2006: Kommunalen Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams, Potsdam, Universitätsverlag Potsdam

<sup>2</sup> Beispiele des Bürgerhaushalts gibt es heute vor allem in lateinamerikanischen Ländern und Europa, aber vereinzelt auch in Afrika und Asien.

<sup>3</sup> London-Harrow: 211.000 Einwohner; Paris- 20. Arrondissement: 180.000 Einwohner, RomXI: 140.000 Einwohner, Berlin-Lichtenberg: 252.000 Einwohner.

<sup>4</sup> Hilden: 56.000 Einwohner, Emsdetten: 35.000 Einwohner, Grottammare: 14.700; Altidona 2600 Einwohner.

<sup>5</sup> In dem vorliegenden Beitrag stellen wir ausgewählte Ergebnisse unseres Forschungsprojektes „Europäische Bürgerhaushalte“ vor. Das Projekt wurde vom Centre Marc Bloch in Berlin in Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin und mit finanzieller Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt. Wir haben in Kooperation mit 14 assoziierten Forschern in zehn verschiedenen Ländern unter Anwendung der gleichen Methoden gearbeitet und dabei den Bürgerhaushalt in Europa vollständig erfasst. In 20 Städten wurde eine vertiefende Analyse durchgeführt, in über 30 weiteren wurden Grunddaten erhoben ( Sintomer/Herzberg/Röcke, 2005). Die Synthese der Ergebnisse wird als Buchform voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2006 vorliegen (Sintomer/Herzberg/Röcke, 2006).

## Die Idee von Porto Alegre

Der Bürgerhaushalt wurde Ende der 1980er Jahre in Brasilien entwickelt, in einem Kontext, der sich wesentlich von der Situation in Westeuropa unterscheidet. Viele mögen bei Brasilien an Karneval, Fußball und an die Copacabana denken, womit die Bedeutung des Landes jedoch unzureichend erfasst wird. Brasilien stellt in Lateinamerika eine Regionalmacht dar, deren wichtigste Exportgüter Kaffee, Soja und andere Agrarprodukte sind. Darüber hinaus ist die heimische Wirtschaft anders als in anderen Staaten des Kontinents in der Lage, Sekundärgüter wie Radiogeräte, Computer und Maschinen zu produzieren. Nichtsdestotrotz ist Brasilien weltweit eins der Länder mit dem größten Einkommensgefälle. Während die Mehrheit der Bevölkerung in Armut lebt, stehen einige „Superreiche“ an der Spitze der Wirtschaft und der alten Agrar-Oligarchie. Politisch gesehen, handelt es sich um eine delegative Demokratie (O'Donnell 1994), was heißt, dass die verfassungsmäßig garantierten demokratischen Institutionen nicht wie vorgesehen arbeiten, weil Politik und Verwaltung von Korruption und Klientelismus gekennzeichnet sind. Gerade auf lokaler Ebene ist es gängige Praxis, dass führende Politiker in Abhängigkeit der Wirtschaft stehen und Wählerstimmen mit Geld und leeren Versprechungen gekauft werden.

Die Stadt Porto Alegre steht für einen Bruch mit dieser Tradition. Der Lebensstandard liegt über dem Durchschnitt anderer brasilianischer Städte, wozu der Bürgerhaushalt einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. Mehr noch, er hat für eine Umkehrung der Prioritäten gesorgt: In den Quartieren der Armen wurde eine medizinische Grundversorgung eingerichtet, der Bestand an Schulen und Kindergärten wurde ausgeweitet und die meisten Haushalte verfügen inzwischen über einen Anschluss an das Trink- und Abwassernetz. Die Ergebnisse des Bürgerhaushalts von Porto Alegre wurden von internationalen Wissenschaftlern (siehe Allegretti 2003, Sintomer/Gret 2005, Herzberg 2001 etc.) sowie von Weltbank und UN-Habitat (UNDP 2001) bestätigt. Der Bürgerhaushalt wird von ihnen als ein Best-practice-Beispiel lokaler Verwaltung angesehen. Was waren die Voraussetzungen für diese Entwicklung, und auf welche Weise hat der Bürgerhaushalt eine Neuverteilung ermöglicht?

Rebecca Abers (2000), eine der ersten Erforscherinnen des Bürgerhaushalts von Porto Alegre, erklärt dessen Entstehung durch ein *window of opportunity* (Fenster der guten Möglichkeiten), das sich im Jahr 1988 durch den Wahlsieg der Arbeiterpartei PT<sup>6</sup> öffnete. Die PT stand damals noch am Anfang ihres Aufstiegs und hatte unter Beweis zu stellen, dass ihr Regierungsstil sich von dem anderer Parteien abhob. Man suchte nach einer Form, das basisdemokratische Selbstverständnis der Partei auf die Stadtpolitik zu übertragen. Dabei wurde der Bürgerhaushalt nicht nur von der neuen Regierung forciert. Mehr Mitsprache wurde ebenso von der Zivilgesellschaft, insbesondere von den Stadtteilinitiativen, eingefordert. Zudem hatte sich die Vorgängerregierung durch Korruptionsskandale vollends kompromittiert, womit sich ein Freiraum für neue Formen der Bürgerbeteiligung öffnete.

---

<sup>6</sup> Die PT ist eine pluralistische Linkspartei, die ihren Ursprung in der Gewerkschaftsbewegung der 70er Jahre hat, die vor allem im Industriegebiet um Sao Paulo mit Streiks gegen die damalige Diktatur kämpfte. Ihr schlossen sich des Weiteren Intellektuelle der Mittelschicht, Anhänger der Befreiungstheologie, Mitglieder früherer Linksparteien und linksextremistischer Gruppen sowie soziale Bewegungen in den Städten und auf dem Land an. Insbesondere die Bewegung der Landlosen Bauern galt lange Zeit als eine der aktionsfähigsten Unterstützer der Partei. Während die Hauptströmung der Partei als der Sozialdemokratie nahestehend zu beschreiben ist, gilt die PT im Bundesstaat Rio Grande do Sul, dessen Hauptstadt Porto Alegre ist, als besonders links.

Unterstützend wirkte sich aus, dass in brasilianischen Kommunen jede neue Regierung einen Teil der Verwaltungsmitarbeiter durch eigene, überzeugte und engagierte Vertrauensleute austauschen kann. Dennoch entwickelte sich auch in Porto Alegre der Bürgerhaushalt erst nach und nach zu einer neuen Form partizipativen Regierens<sup>7</sup>. Schwierigkeiten zu Beginn scheinen somit Teil eines jeden Bürgerhaushalts zu sein.

Wie sieht jedoch das Verfahren aus, und nach welchen Regeln funktioniert es? An dieser Stelle ist es nicht möglich, den Bürgerhaushalt von Porto Alegre detailliert zu beschreiben, stattdessen sollen die drei ihm zugrundeliegenden Prinzipien erläutert werden:

- Das erste Prinzip, die Basisdemokratie, wird durch Bürgerversammlungen in den 16 Stadtteilen verwirklicht. In diesen Versammlungen werden Prioritäten bestimmt sowie Delegierte und Repräsentanten, die die Ausarbeitung der Vorschläge weiter verfolgen, gewählt. Neben Investitionen werden im Bürgerhaushalt politische Normen für die Ausgestaltung der kommunalen Politik diskutiert, wie z.B. für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Kultur etc. Bei der Wahl der Prioritäten gilt das Prinzip „*one man one vote*“, wonach jeder Bürger über die gleiche Zahl von Stimmen verfügt.
- Die soziale Gerechtigkeit als zweites Prinzip wird durch einen Verteilungsschlüssel umgesetzt. Die in den einzelnen Investitionsbereichen zur Verfügung stehenden Gelder werden unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, der Qualität der vorhandenen Infrastruktur sowie der lokalen Prioritätenliste zwischen den Stadtteilen aufgeteilt. Diese drei Kriterien sorgen z.B. dafür, dass Stadtteile mit einer mangelnden Infrastruktur mehr Mittel bekommen als Gebiete, die bereits über eine hohe Lebensqualität verfügen.
- Eine Kontrolle durch die Bürgerschaft, das dritte Prinzip, wird durch Gremien wie den Rat des Bürgerhaushalts, der einmal wöchentlich für zwei Stunden zusammentritt, umgesetzt. Seine Mitglieder werden auf den Basisversammlungen der Stadtteile gewählt. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Prioritäten der Stadtteile so weit wie es die Finanzen erlauben, in den Haushaltsplan aufgenommen werden. Die Vertreter des Bürgerhaushalts werden von unabhängigen NGOs geschult, so dass sie mit der Verwaltung in einen Prozess der Ko-Planung treten können. Der Rat des Bürgerhaushalts begleitet zudem die Vergabe von öffentlichen Aufträgen.

Der Bürgerhaushalt hat in Porto Alegre nicht nur zu einer Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur geführt, sondern auch zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft: Um im Bürgerhaushalt ihre Vorschläge erfolgreich zu vertreten, haben sich mehr und mehr Bürger zu Initiativen zusammengeschlossen. Dabei wurden klientelistische Strukturen weitgehend überwunden, da die neuen Organisationen die demokratischen Regeln aufnahmen, die zuvor im Bürgerhaushalt gelernt wurden. Die Idee einer Bürgerbeteiligung am Haushalt wurde inzwischen in Brasilien von den unterschiedlichsten Parteien aufgegriffen und hat sich auch auf andere Länder ausgebreitet. Mittlerweile zählt man in Lateinamerika über 200 Städte mit einem solchen Verfahren (Cabannes 2003). Weltweit ist Porto Alegre zu einem Symbol für eine neue Demokratie geworden, auf das sich globalisierungskritische Bewegungen, Vereinte Nationen und Weltbank gleichermaßen berufen. Wie aber sieht es mit der Übertragbarkeit

---

<sup>7</sup> Als im Jahr 2004 die PT nach 15 Jahren das Bürgermeisteramt an die Opposition verlor, war der Bürgerhaushalt so weit integriert, dass die neue Regierung es nicht wagte, das Verfahren abzuschaffen.

dieses Beispiels auf Europa aus? Wie entwickelte sich hier die Idee einer Bürgerbeteiligung am Haushalt und in welchen Formen tritt sie in Erscheinung?

### **Was ist ein Bürgerhaushalt?**

Ein erster Blick zeigt, dass es in Europa im Gegensatz zu Lateinamerika sehr unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung am Haushalt gibt. In manchen Fällen bezieht sich die Bezeichnung „Bürgerhaushalt“ lediglich auf Informationsveranstaltungen zum Haushalt, ohne eine Konsultation der Bürger zu beinhalten. Andere Beispiele wiederum, die vor Ort nicht als „Bürgerhaushalt“ bezeichnet werden, weisen mitunter ein sehr intensives Beteiligungsverfahren auf. Um den Bürgerhaushalt in vergleichender Perspektive untersuchen zu können, war es notwendig, eine eigene Definition zu erarbeiten, die einerseits klar überprüfbare Anforderungen an einen Bürgerhaushalt stellt und andererseits genügend Spielraum für Verfahren unterschiedlicher Ausprägung lässt. Für eine eindeutige Begriffsbestimmung möchten wir aus diesem Grund die nachstehenden fünf Kriterien vorschlagen (Sintomer/Herzberg/Röcke 2006). Leitend war dabei die Frage, was den Bürgerhaushalt von anderen Formen der Bürgerbeteiligung, wie z.B. der Lokalen Agenda 21 oder den Quartiersfonds, unterscheidet:

1. Im Zentrum des Bürgerhaushalts stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilstiftungs allein, ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen bzw. bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt.
3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushaltspolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.
4. Der Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess (eine Deliberation im Sinne von Habermas, 1992). Die Miteinbeziehung von Bürgern in bestehende Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie stellt keinen Bürgerhaushalt dar.
5. Die Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

Wendet man diese Kriterien auf Europa an, so ist eine höchst dynamische Entwicklung zu beobachten. Innerhalb von fünf Jahren ist die Zahl der Bürgerhaushalte von sechs auf 55 gestiegen. Die Bevölkerung in Städten mit einem Bürgerhaushalt nahm noch schneller zu: Allein innerhalb der letzten zwei Jahre hat sie sich auf fast fünf Millionen Einwohner verdoppelt. In Spanien sind auf diese Weise bereits 5,2% der Bevölkerung von einem Bürgerhaushalt betroffen, in Deutschland sind es noch 1,4%. Im Sommer 2005 gab es hierzulande zehn Städte mit einem Bürgerhaushalt<sup>8</sup>. In Deutschland wurde deren Entwicklung vor allem durch Pilotprojekte gefördert, wie z.B. das Netzwerk „Kommunen der Zukunft“

---

<sup>8</sup> Groß-Umstadt (Hessen, 22.000 Einwohner), Hilden (Nordrhein-Westfalen, 56.000 Einwohner), Emsdetten (Nordrhein-Westfalen, 35.000 Einwohner), Vlotho (Nordrhein-Westfalen, 21.000 Einwohner), Bonn (Nordrhein-Westfalen, 313.000 Einwohner), Cottbus (Brandenburg, 110.000 Einwohner), der Bezirk Lichtenberg (Berlin, 252.000 Einwohner), der Bezirk Treptow-Köpenick (Berlin, 233.000 Einwohner), Landau (Rheinland-Pfalz, 42.000 Einwohner) und Lübbecke (Nordrhein-Westfalen, 26.000 Einwohner).

(1998-2002) - einer Gemeinschaftsinitiative von Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und KGSt - und dem Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ (2000-2004), das vom Land Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde. Nach Beendigung der Pilotprojekte ging die Zahl der Bürgerhaushalte zunächst auf fünf zurück, derzeit erleben wir jedoch einen neuen Boom. Im Jahr 2005 sind sechs neue Bürgerhaushalte entstanden, davon die Hälfte in Berlin-Brandenburg. Potsdam hat gute Chancen, das vierte Beispiel der Region zu werden. Die Entwicklung zeigt, dass es in Deutschland eine Bewegung in Richtung einer Bürgerbeteiligung am Haushalt gibt. Wie sehen die Verfahren jedoch konkret aus, worin bestehen die Unterschiede?

### **Typologie der Verfahren**

Im Rahmen unserer oben vorgestellten Definition haben wir verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung am Haushalt beobachtet, aus denen wir idealtypische Modelle abgeleitet haben. In der Praxis kommen diese Modelle selten vor, die meisten der existierenden Bürgerhaushalte stehen einem Idealtyp mehr oder weniger nah bzw. bilden Mischformen aus verschiedenen Modellen. Die Idealtypen können aber von Praktikern in den Kommunen herangezogen werden, um sich für das eigene Verfahren Anregungen zu holen. Unser Ziel ist es also, verschiedene Instrumente anzubieten, damit der eigene Bürgerhaushalt den Bedürfnissen und Interessen vor Ort angepasst werden kann. Hierzu haben wir insgesamt sechs Modelle definiert, die nachfolgend paarweise vorgestellt werden:

- Porto Alegre in Europa
- Bürgerhaushalt organisierter Interessen
- Community Fonds- auf Quartiers- und Stadtebene
- Privat-/öffentlicher Verhandlungstisch
- Bürgernahe Partizipation
- Konsultation öffentlicher Finanzen

Um die Verfahren möglichst plastisch darzustellen, werden wir unsere Erläuterungen mit Beispielen aus der Praxis verbinden, die das Ideal natürlich jeweils nur in Ausschnitten widerspiegeln. Damit jedoch die Trennbarkeit zwischen idealtypischem Verfahren und Anwendungsbeispiel erhalten bleibt, haben wir im Anhang eine Tabelle mit einer schematischen Beschreibung der Modelle beigefügt. Ebenso ist dort eine Karte zu finden, in der die Nähe der einzelnen Städte zu den Idealtypen dargestellt wird.

#### *Porto Alegre in Europa und Bürgerhaushalt organisierter Interessen*

Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre hat manche Verfahren in Europa direkt beeinflusst, wie z.B. das der spanischen Stadt Cordoba (320.000 Einwohner). Dort wurde 2001 ein Bürgerhaushalt eingeführt, der dem brasilianischen Vorbild sehr ähnlich ist, was uns veranlasste, den aus diesem Beispiel abgeleiteten Idealtyp „Porto Alegre in Europa“ zu nennen. Das Modell wird zusammen mit dem Bürgerhaushalt der organisierten Interessen vorgestellt. Während die Beteiligung sich im ersten Idealtyp an einzelne Bürger richtet, sind im zweiten Vereine, Verbände und andere organisierte Gruppen die wesentlichen Akteure. Auch die Gegenstände der Beteiligung sind unterschiedlich: Im Modell „Porto Alegre in

Europa“ geht es vor allem um Investitionen und Projekte, im Bürgerhaushalt der organisierten Interessen steht die Diskussion politischer Normen und Konzepte im Vordergrund, also z.B. Vorgaben zur inhaltlichen Ausrichtung der Wohn-, Bildungs-, Umwelt- oder Nahverkehrspolitik etc. Ein weiterer Unterschied besteht im Umgang mit den Vorschlägen. Beim Modell „Porto Alegre in Europa“ trifft zwar formaljuristisch gesehen weiterhin die Gemeindevertretung die letzte Entscheidung über den Haushalt, doch die Verbindlichkeit zur Umsetzung der Vorschläge des Bürgerhaushalts ist sehr hoch, so dass von einer *de facto* Entscheidungskompetenz der Bürger gesprochen werden kann. Wie bei dem brasilianischen Vorbild gibt es bei diesem Verfahren für die Investitionen einen Verteilungsschlüssel. Es gelten aber nicht unbedingt die Kriterien von Porto Alegre, sondern es können andere Indikatoren, wie z.B. die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Stadtteil, die Beteiligung an den Versammlungen oder die Beteiligung der Bürger bei der Umsetzung der Projekte, verwendet werden. Im Bürgerhaushalt der organisierten Interessen hingegen handelt es sich um eine beratende Konsultation. Zu diesem Zweck werden neue Gremien außerhalb der klassischen repräsentativen Demokratie geschaffen. Hier findet keine Prioritätensetzung statt. Verteilungskriterien gibt es bei diesem Modell ebenfalls nicht, allerdings sind Förderkriterien für bestimmte Zielgruppen möglich. Die deliberative Qualität ist bei beiden Modellen zwischen mittel und gut anzusetzen. Diskutiert wird nicht nur im großen Plenum, sondern in überschaubaren Foren, Ausschüssen oder Delegiertengremien.

Die Stärke dieser Modelle liegt im Potenzial einer guten deliberativen Qualität, welche eine tiefergehende Diskussion erlaubt, aus der detaillierte Vorschläge zur Lösung von Problemen oder zur Klärung wichtiger Fragen resultieren können. Das kann z.B. so weit gehen, dass von den Teilnehmern Expertisen zur Ausstattung von Schulen oder zur besseren Integration von Minderheiten erarbeitet werden. Obwohl Effekte durchaus zu beobachten sind, besteht in der Praxis noch eine Herausforderung darin, die Verfahren mit einem umfassenden, auf die ganze Verwaltung bezogenen Modernisierungsprozess zu verbinden. Das Porto-Alegre-Modell kann in Europa darüber hinaus zu einem Konflikt zwischen der Beteiligung einzelner Bürger auf der einen Seite und organisierten Interessengruppen auf der anderen führen. Dies ist dann der Fall, wenn etablierte Vereine und Initiativen Nachteile für ihre Förderung befürchten. Für das Modell der organisierten Interessen gibt es in Europa noch kein direktes Beispiel. Der Bürgerhaushalt von Albacete (150.000 Einwohner) kann als eine Mischform beider Modelle verstanden werden: Wie bei dem Modell der organisierten Interessen sind Vereine und andere Gruppen die wichtigsten Teilnehmer, sie erstellen jedoch eine Prioritätenliste, in die auch Investitionen einbezogen werden, wie es sonst für das Modell „Porto Alegre in Europa“ typisch ist.

Das Modell der Community Fonds, das man auf deutsch mit „Gemeinwesenfonds“ übersetzen könnte, und das Modell des Privat-/öffentlichen Verhandlungstischs, dessen Prinzipien in der Entwicklungspolitik internationaler Organisationen zu finden sind, spielen in Europa bisher nur eine marginale Rolle. Sie zeigen jedoch interessante Entwicklungsperspektiven für den Bürgerhaushalt hierzulande auf. Die grundlegende Gemeinsamkeit zwischen beiden Modellen besteht darin, dass es einen Fonds für Investitionen bzw. für Projekte im Sozial-, Umwelt- oder Kulturbereich etc. gibt. Ein solcher Fonds existiert z.B. in der britischen Stadt Bradford (467.000 Einwohner) und im polnischen Płock (128.000 Einwohner). Das besondere an den Modellen ist, dass sie relativ unabhängig vom kommunalen Haushalt sind, weil das zur Diskussion stehende Geld nicht oder nur zum Teil von der lokalen Verwaltung kommt. Aus diesem Grund hat auch nicht die Gemeindevertretung das letzte Wort über die Annahme der Vorschläge, sondern ein Ausschuss, Komitee oder eine Delegiertenversammlung, der auch die Erstellung einer Prioritätenliste zukommt. Teilnehmer sind in beiden Verfahren organisierte Gruppen, wie Vereine, Initiativen etc. Die deliberative Qualität ist als gut einzuschätzen, da mehrere Treffen mit einem überschaubaren Teilnehmerkreis stattfinden.

Bei dem Privat-/öffentlichen Verhandlungstisch wird ein Teil des Geldes von privaten Unternehmen aufgebracht wird. In Płock beteiligt sich neben der Stadtverwaltung und dem UN-Entwicklungsprogramm das Ölunternehmen ORLEN S.A. zu 50% an einem Fonds von insgesamt 300.000 Euro. Aufgrund der finanziellen Beteiligung ist bei diesem Modell ein Einfluss des privaten Sponsors auf die Ausgestaltung des Verfahrens zu erwarten. Im Gegensatz dazu werden die Regeln des Gemeinwesenfonds von den Teilnehmern autonom entschieden. Die Wirtschaft ist ausgeschlossen, das Geld kommt von einem nationalen Programm oder wird von dem Träger selbst erwirtschaftet. Wie sich aus der Bezeichnung „Gemeinwesenfonds“ ableiten lässt, legt das Modell auf die Förderung sozial benachteiligter Gruppen Wert. So wurde 2004 in Bradford im Rahmen des *Neighbourhood Renewal Programme* ein Fonds von mehr als 875.000 Euro ausschließlich für Gruppen aus benachteiligten Quartieren angelegt, der, ähnlich wie bei dem Programm „Soziale Stadt“ in Deutschland, für Projekte in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf vorgesehen ist. Eine Besonderheit ist, dass im Idealtyp des Community Fonds die Antragsteller die Umsetzung der Projekte selbst übernehmen. Bei dem privat-/öffentlichen Verhandlungstisch ist dies auch möglich, ist aber kein notwendiges Kriterium zur Konstruktion des Modells.

Auch diese beiden Modelle haben natürlich ihre Stärken und Schwächen. So ist die Verbindung zur lokalen Politik nur schwach oder gar nicht ausgeprägt. Immerhin bewahrt sich die Gemeindevertretung bei dem Privat-/öffentlichen Verhandlungstisch einen gewissen Einfluss, da von ihr ein Teil des Geldes aufgebracht wird. Der Einfluss des privaten Geldgebers hängt von der Höhe seines Beitrags ab: Handelt es sich um eine gleichberechtigte Finanzierung zwischen Stadt und Unternehmen oder übernimmt einer von ihnen eine dominante Rolle? Bevor diese Frage beantwortet werden kann, wäre bezüglich des deutschen Kontextes zu klären, ob hierzulande Unternehmen der Wirtschaft bereit wären, einen solchen Bürgerhaushalt zu unterstützen. Der Gemeinwesenfonds seinerseits zeigt ebenfalls neue Möglichkeiten für den Bürgerhaushalt in Deutschland auf. Hier könnten z.B. landes-, bundes- oder europaweite Programme der Stadt- und Infrastrukturförderung lokal mit einem

Bürgerhaushalt verbunden werden. Dieser Prozess könnte sich dann explizit auf die Förderung von benachteiligten Vierteln bzw. Bewohnergruppen beziehen. Ein Vorteil beider Modelle ist, dass in ihnen bürgerschaftliches Engagement zum Tragen kommt, da die Betroffenen selbst an der Umsetzung der Projekte beteiligt sind.

### *Bürgernahe Partizipation und Konsultation über öffentliche Finanzen*

Während sich Beispiele für das Modell der bürgernahen Partizipation vor allem in Frankreich finden, ist das Modell der Konsultation über öffentliche Finanzen vor allem für Bürgerhaushalte in Deutschland charakteristisch. Beide Modelle haben gemein, dass sie rein konsultativ sind. Das bedeutet, dass Ergebnisse der Diskussion von der Verwaltung und nicht von den betroffenen Bürgern selbst zusammengefasst werden. Anders als in den bisher vorgestellten Modellen findet hier bei den Idealtypen keine Abstimmung und keine Hierarchisierung der Vorschläge durch die Teilnehmer statt. Es handelt sich vielmehr um einen Prozess des „selektiven Zuhörens“, was bedeutet, dass die Regierung bzw. Gemeindevertretung nur die Vorschläge umsetzt, die sich mit ihren eigenen Interessen im Einklang befinden. Die Zivilgesellschaft hat nur einen schwachen Einfluss auf die Ausgestaltung der Verfahren. Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Modelle keine sozialen Ziele verfolgen, weshalb Kriterien zur Verteilung von Investitionsgeldern hier nicht zu finden sind. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass Vereine kaum eine bzw. keine verfahrensprägende Rolle spielen. Die Partizipation erfolgt durch Bürgerversammlungen, zu deren Teilnahme über Bekanntmachungen in den Medien, per Anschreiben oder durch persönliche Ansprache aufgerufen wird.<sup>9</sup> In Deutschland wird zur Mobilisierung (ergänzend) gerne eine Zufallsauswahl von Teilnehmern aus dem Einwohnermelderegister vorgenommen, die zum Bürgerforum eine an sie persönlich gerichtete Einladung des Bürgermeisters erhalten (Röcke 2005). Diese Methode wird u.a. in Emsdetten (35.000 Einwohner), Hilden (56.000 Einwohner), Vlotho (21.000 Einwohner) und im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick (233.000 Einwohner) angewendet.

Die Verfahren unterscheiden sich dadurch, dass das Modell der Bürgernähe, vor allem die Quartiere mit einbezieht und auf dieser Ebene auch Investitionen zum Gegenstand haben kann. Auf der Ebene der Gesamtstadt geht es hier nicht mehr um Investitionen, sondern um allgemeine normative Ziele, ohne konkrete Berechnung der Kosten, weshalb eine Kopplung mit Prozessen der strategischen Planung möglich ist. Mit dem Begriff „Bürgernähe“ sind vor allem zwei Aspekte gemeint: Zum einen bezieht er sich auf eine geografische Nähe, also auf die Partizipation der Bürger in den einzelnen Stadtteilen, zum anderen kann der Begriff für einen engen Kontakt zwischen der Gemeindeleitung und den Bürgern stehen. Nach diesem Vorbild organisiert z.B. der Bürgermeister von Bobigny (45.000 Einwohner) zweimal im Jahr offene Treffen in den Stadtteilen, bei denen er den Bewohnern Rede und Antwort steht. Bei dem Modell „Konsultation über öffentliche Finanzen“ wiederum geht es in erster Linie um eine Transparentmachung der finanziellen Situation der Stadt. Informationen zum Gesamthaushalt werden in Broschüren, im Internet und durch Pressemitteilungen erteilt. Das Modell existiert in zwei Varianten. In der einen, die am weitesten verbreitet ist, werden

---

<sup>9</sup> Im Berliner Bezirk Lichtenberg (252.000 Einwohner) z.B. war eine Stadtplanerin damit beauftragt, Bürger in Stadtteilzentren und auf der Straße über den Bürgerhaushalt zu informieren.



Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen und Aufgabenbereiche der Verwaltung vorgestellt. Es geht um die Einnahmen und Ausgaben von Bibliotheken, Schwimmbädern, Kindergärten bzw. Straßenreinigung, Abwasserbehandlung oder Müllentsorgung etc. Die Bürger können dann im offenen Plenum oder in spezifischen Foren ihre Anregungen äußern. Die zweite Variante des Modells „Konsultation über öffentliche Finanzen“ hat den Ausgleich eines Haushaltsdefizits zum Ziel, wie z.B. im nordrhein-westfälischen Emsdetten, wo im Jahr 2002 den Bürgern fünf Optionen für einen ausgeglichenen Haushalt vorgestellt wurden: Kürzung von Personal-, Betriebskosten, Reduzierung freiwilliger Aufgaben, Entnahme aus der Reserve oder Anhebung von Steuern und Gebühren. Mit Hilfe eines Fragebogens konnte jeder Teilnehmer aus der Kombination der genannten Möglichkeiten einen eigenen Vorschlag erarbeiten. Aus den Einzelmeinungen wurde am Ende der Veranstaltung die Gesamtempfehlung des Bürgerforums errechnet. Die deliberative Qualität des Modells ist im Allgemeinen niedrig, da in den meisten Fällen kaum Zeit für eine tiefergehende Diskussion zur Verfügung steht. Bei dem Modell der Bürgernähe hingegen kann die Qualität der Diskussion besser sein, weil mitunter in kleinen Gruppen gearbeitet wird, die sich über einen längeren Zeitraum mehrmals treffen.

Was das Modell „Konsultation über öffentliche Finanzen“ interessant macht, ist seine Verbindung mit dem Prozess der Verwaltungsmodernisierung. Wie lässt sich jedoch diese stärken? Möglicherweise kann hierzu die Ausweitung der Diskussion einen Beitrag leisten. Desgleichen könnte die Verwaltung konkrete Fragen vorbereiten, bei denen das Feedback der Bürger unmittelbar zur Verbesserung öffentlicher Leistungen beiträgt. Beispiel: „Sehen Sie Bereiche, wo die Straßenreinigung intensiviert werden müsste bzw. gibt es Orte, an denen Ihrer Meinung nach zu oft gekehrt wird?“ Eine Einschränkung besteht darin, dass im Modell „Konsultation über öffentliche Finanzen“ die Partizipation nur „Anhängsel“ eines umfassenden Modernisierungsprozesses ist. Darüber hinaus besteht die Bürgerbeteiligung meist nur aus ein oder zwei Veranstaltungen, nicht aber aus einem „Partizipationszyklus“, einer Reihe abgestimmter Versammlungen. Das Modell der Bürgernähe wiederum hat wie erwähnt einen Vorteil in der relativ guten Diskussion zwischen Bürgern und Verwaltung/Ratsmitgliedern. Als Nachteil beider Modelle ist anzusehen, dass die Verbindlichkeit bezüglich der Umsetzung der Vorschläge niedrig und die Autonomie der Zivilgesellschaft schwach ausgeprägt ist.

## **Wirkung und Grenzen von Bürgerhaushalten**

Die Effekte des Bürgerhaushalts sind nur schwer zu verallgemeinern. Zum einen hängen sie von dem jeweiligen Modell ab, zum anderen spielen der lokale Kontext und der Wille der politisch Verantwortlichen eine wichtige Rolle. Ferner hängen die Ergebnisse davon ab, in welchem Umfang personelle und finanzielle Ressourcen bereit gestellt werden. In Deutschland wird Partizipation überwiegend noch als Nebensache betrachtet. Warum werden ihr nicht die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt wie Bibliotheken, Schwimmbädern oder Theatern? Genau wie diese Einrichtungen braucht ein Bürgerhaushalt, der eine gewisse Wirkung erzielen soll, qualifiziertes Personal, Sachmittel und Räumlichkeiten. Eine erste Antwort lautet, dass eine solche Ausstattung nicht zusätzlich finanzierbar sei, weil die Kommunen sich in einer Finanzkrise befinden. Aber warum soll für einen Bürgerhaushalt *zusätzliches* Geld ausgegeben werden? Durch eine Umverteilung der Budgets könnte er an die Stelle anderer Projekte treten. Unsere Hypothese ist, dass der materielle und immaterielle Nutzen eines gut durchgeführten Bürgerhaushalts höher als seine Kosten ist. In diesem Sinne wird nun die Möglichkeit einer Verwaltungsmodernisierung, eines Wandels der politischen Kultur und einer Stärkung sozialer Gerechtigkeit einer näheren Betrachtung unterzogen (Sintomer/Herzberg/Röcke 2005).<sup>10</sup> Um Erwartungen auf eine realistische Grundlage zu stellen, werden ebenso die Grenzen von Bürgerhaushalten aufgezeigt.

In unserem Forschungsprojekt haben wir eine Verbindung zwischen Bürgerhaushalt und der Forderung nach mehr Transparenz festgestellt. Dies bezieht sich sowohl auf den Gesamthaushalt als auch auf die Projekte des Bürgerhaushalts.<sup>11</sup> Bisher reichte die Transparenz aber in keinem Fall aus, damit Bürger tatsächlich in der Lage waren, die Finanzen der Stadt zu kontrollieren. Hierzu wären zusätzliche Schulungen notwendig, so dass Abrechnungen der Verwaltung geprüft werden können, wie es z.B. eine Bürgerinitiative im Pariser Vorort Châtenay-Malabry (30.000 Einwohner) getan hat. Zur Verbesserung der Kontrollfunktion wäre auch denkbar, dass eine Kommission des Bürgerhaushalts die Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge begleitet. Über die Transparenz hinaus konnten wir vier Haupttrends der Verwaltungsmodernisierung feststellen: eine Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen durch Hinweise und Anregungen der Teilnehmer; eine bessere Zusammenarbeit von Fachbereichen der Verwaltung; eine Beschleunigung von verwaltungsinternen Abläufen sowie eine Erarbeitung von Expertisen für zentrale Fragen des öffentlichen Zusammenlebens.<sup>12</sup> Im Gegensatz dazu sind eine Reduzierung von Kosten sowie

---

<sup>10</sup> Der Bürgerhaushalt in Europa ist noch jung, weshalb noch nicht alle potenziellen Effekte tatsächlich analysiert werden konnten. Ihre genaue Evaluierung würde zudem eine eigene, systematische Studie benötigen. Dies war jedoch im Rahmen unserer Forschung nicht möglich, da hier erst die Grundlagen für eine vergleichende Forschung des Bürgerhaushalts in Europa gelegt wurden (Erarbeitung von Idealtypen, Vergleich der politischen Kulturen etc.). Bei den hier vorgestellten Beispielen handelt es sich somit zwar um Veränderungen, die im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt stehen, es war jedoch nicht immer mit Genauigkeit festzustellen, bis zu welchem Grad diese auf den Bürgerhaushalt selbst, oder auf andere Faktoren zurückzuführen sind. Ein weiteres Problem hinsichtlich der Wirkungen des Bürgerhaushalts betrifft die Möglichkeiten ihrer Verallgemeinerung. Die dargestellten Ergebnisse sind mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten.

<sup>11</sup> Von 20 Beispielen bezog sich bei elf die Transparenz auf den Gesamthaushalt und bei 14 auf die Projekte des Bürgerhaushalts. In acht Fällen traf darüber hinaus beides zu.

<sup>12</sup> Bei 20 Städten/Bezirken wurden im Detail folgende Häufigkeiten festgestellt: bessere Dienstleistungen in neun Städten; Zusammenarbeit von Fachbereichen in sieben Städten; Beschleunigung von Abläufen in sechs Städten und in drei Quartieren; Expertisen in fünf Städten und vier Quartieren.

eine Strukturreform der Verwaltung als unmittelbare Folgen des Bürgerhaushalts eher die Ausnahme.<sup>13</sup> Über die Wirkungen ist zudem anzuführen, dass in einigen spanischen Städten der Bürgerhaushalt indirekt Druck auf die Verwaltung ausübt, Leistungen in überschaubaren Produkten zu beschreiben, die Koordination zwischen den Fachbereichen zu verbessern sowie das Handeln der Verwaltung nach innen und nach außen transparent zu gestalten. Vor diesem Hintergrund scheint ein Erfolgskriterium des Bürgerhaushalts zu sein, die Partizipation mit einem umfassenden Modernisierungsprozess zu verbinden. Eine weitere Voraussetzung wäre eine gute Deliberation, da wir Modernisierungseffekte vor allem dort nachweisen konnten, wo, wie z.B. bei der Umsetzung des Modells „Porto Alegre in Europa“, eine ausgiebige Diskussion in Ausschüssen und Gremien möglich war.

Die möglichen politischen Konsequenzen des Bürgerhaushalts sind kontrastreich. In Deutschland ist die Erwartung weit verbreitet, dass mit dem Bürgerhaushalt die Wahlbeteiligung zunimmt, wofür wir jedoch in unseren Beispielen keinerlei Belege gefunden haben. Lediglich bessere Ergebnisse für die regierende Partei konnten an manchen Orten beobachtet werden, wobei man die Gründe hierfür genauer untersuchen müsste. Ungeachtet dieser Tatsachen konnten wir gewisse Auswirkungen auf das Wissen, die Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten der beteiligten Bürger feststellen. Wo der Bürgerhaushalt z.B. durch eine gute Medienarbeit begleitet wird, hat sich in der Bevölkerung das Wissen über die kommunalen Finanzen verbessert. Freilich geht es dabei weniger um Details als um die Kenntnis der allgemeinen Haushaltslage bzw. der in Deutschland vorherrschenden Finanznot. Des Weiteren hat der Bürgerhaushalt in manchen Fällen zu einer Verbesserung der Koordination der Zivilgesellschaft geführt. Dies gilt insbesondere für die Verfahren, in denen es reguläre Treffen über einen längeren Zeitraum gibt, und nicht nur eine einzelne Veranstaltung pro Jahr. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass der Bürgerhaushalt den Bürgern ein Verfahren bietet, mit dem sie eigene Vorschläge zur Verwendung öffentlicher Gelder einbringen können. Allerdings konnten wir beobachten, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung dem Rat selten bei seinen Entscheidungen als Kompass dienen, auch wenn einige Vorschläge umgesetzt werden. Dies liegt u.a. daran, dass im Bürgerhaushalt in der Regel nicht die zentralen Fragen des Haushalts zur Debatte stehen. Wenige Ausnahmen waren lediglich in einigen südeuropäischen Beispielen zu finden. Dennoch hat der Bürgerhaushalt in manchen Fällen zu einer besseren Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerschaft geführt. Dies ist vor allem dort von Bedeutung, wo zuvor kein Austausch stattgefunden hat. Dies gilt z.B. für den Pariser Vorort Bobigny, wo Bürgerbeteiligung zur Öffnung der seit Jahrzehnten regierenden Kommunistischen Partei beigetragen hat. Aus unseren Beobachtungen leiten wir die Hypothese ab, dass der Bürgerhaushalt nur dann positive Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten und die bürgerschaftlichen Kompetenzen der teilnehmenden Bürger hat, wenn es sich um einen kontinuierlichen Prozess handelt. Im weitgehendsten Fall integriert er die Bürger als Ko-Organisatoren des Prozesses, was durch eine Dezentralisierung der Partizipation in den Stadtteilen unterstützt werden kann.

Die Verbindung von Bürgerhaushalt und sozialer Gerechtigkeit ist in Europa noch schwach ausgeprägt. Mit der italienischen Stadt Grottammare existiert nur ein Beispiel für einen grundlegenden sozialen Wandel. Allerdings gibt es eine Reihe von Beispielen, bei denen gesellschaftliche Randgruppen integriert wurden, wie. z.B. im spanischen Albacete, wo

---

<sup>13</sup> Für beide Fälle konnten jeweils nur zwei Beispiele gefunden werden.

die Volksgruppe der Sinti und Roma sowie Migranten einen festen Sitz im Delegiertengremium des Bürgerhaushalts haben. Durch ihre aktive Teilnahme konnten Sinti und Roma die Errichtung eines auf ihre Bedürfnisse ausgerichteten Stadtteilzentrums erreichen, in dem u.a. Bewerbungstrainings, Räumlichkeiten für handwerkliche Tätigkeiten sowie Beratung bei Ämterangelegenheiten angeboten werden. Für Migranten wurden Thementage organisiert, auf denen Vorschläge für eine bessere Integration erarbeitet wurden. Damit ein Bürgerhaushalt zu Effekten der sozialen Gerechtigkeit führen kann, muss von daher die Teilnahme unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und sozialer Schichten durch geeignete Verfahren gewährleistet sein. Eine Ankündigung in den Medien reicht nicht aus, vielmehr ist eine persönliche Ansprache auf der Straße oder in den bekannten Treffpunkten erforderlich. Zusätzlich könnten zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit Verteilungskriterien wie beim Modell „Porto Alegre in Europa“ genutzt werden, wie auch auf spezifische Zielgruppen ausgerichtete soziale Projekte. In Deutschland würde sich hierfür wieder eine Kooperation mit nationalen und internationalen Förderprogrammen anbieten.

### **Fazit**

In diesem Beitrag haben wir zu zeigen versucht, dass es sich beim Bürgerhaushalt nicht um ein festgelegtes Verfahren handelt, sondern eine Vielzahl von Ausgestaltungen möglich sind. Eine gewisse Orientierung bieten die sechs beschriebenen Idealtypen, wobei es nicht darum geht, diese Modelle eins zu eins zu übernehmen, sondern sich die Elemente herauszusuchen, die für das eigene Verfahren interessant erscheinen. Wir haben aus diesem Grund Beispiele dafür gegeben, wie konkrete Maßnahmen bestimmte Effekte nach sich ziehen können. Unabhängig vom Modell ist allerdings die Frage zu stellen, welchen Stellenwert die im Bürgerhaushalt behandelten Themen haben. Es macht keinen Sinn, Bürger für ein komplexes Verfahren zu mobilisieren, wenn es darum geht, Nebensächlichkeiten zu diskutieren. Ein solcher Aufwand lohnt sich nur dann, wenn die zentralen Fragen der lokalen Haushaltspolitik angesprochen werden. Es ist zudem wichtig, zu klären, wann der geeignete Moment für die Partizipation ist. Soll die Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Eckdatenerstellung stattfinden, um ggf. Änderungen im größeren Umfang berücksichtigen zu können, oder ist es sinnvoller, sie parallel zu den Haushaltsberatungen der Gemeindevertretung zu organisieren, damit für die Bürger der Umgang mit ihren Vorschlägen zeitlich überschaubar bleibt? Im europaweiten Vergleich fällt auf, dass gerade in Deutschland die Mitglieder der Gemeindevertretung einen Machtverlust befürchten und deswegen einem Bürgerhaushalt skeptisch gegenüber stehen. Unsere Hypothese ist hingegen, dass für eine erfolgreiche Einführung eines Bürgerhaushalts nicht nur die Bürger eine neue Rolle einnehmen, sondern ebenso die Ratsmitglieder. Für sie gilt es, den Bürgerhaushalt nicht als Konkurrenz zu sehen, sondern zu lernen, ihn als eine zusätzliche Ressource für die eigene Entscheidung zu nutzen.

## **Bibliografie**

- Abers, Rebecca, 2000: *Inventing Local Democracy. Grassroots Politics in Brazil*, Boulder/London, Lynne Rienner Publishers
- Allegretti, Giovanni, 2003: *L'insegnamento di Porto Alegre. Autoprogettualità come paradigma urbano*, Firenze, Alinea
- Cabannes, Yves (Hrsg.), 2003: *Budget Participatif et Finances Locales. Document de Base. Réseau Urbal N° 9, Porto Alegre, PGU-ALC, European Community.*
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt a.M., Suhrkamp
- Herzberg, Carsten, 2001: *Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre*, Münster/Hamburg, Lit-Verlag
- O'Donnell, Guillermo, 1994: *Delegative Democracy*, in: *Journal of Democracy*, 5 (1994) 1, S. 55-69
- Röcke, Anja, 2005: *Losverfahren und Demokratie. Historische und demokratietheoretische Perspektiven*, Münster/Hamburg, Lit-Verlag
- UNDP, 2001: *Human Development Report 2001*, New York
- Sintomer, Yves/Gret, Marion, 2005: *The Porto Alegre Experiment: Learning Lessons for a Better Democracy*, London, Zed-Books.
- Sintomer, Yves/Herzberg, Carsten/Röcke, Anja (Hrsg.), 2005: *Participatory Budgets in a European Comparative Approach. Volume II (Documents)*, Berlin, Centre Marc Bloch / Hans-Böckler-Stiftung / Humboldt-Universität ([www.buergerhaushalt-europa.de/...siehe](http://www.buergerhaushalt-europa.de/...siehe) Ergebnisse)
- 2006 (im Erscheinen): *Participatory Budgets in a European Comparative Approach. Volume I*

## Anhang: Kriterien der Idealtypen von Bürgerhaushalten in Europa (Auszüge)

	<b>Porto Alegre in Europa</b>	<b>Organisierte Interessen</b>	<b>Community Development</b>	<b>Privat- /öffentlicher Verhandlungstisch</b>	<b>Bürgernahe Partizipation</b>	<b>Konsultation öffentlicher Finanzen</b>
<b>Gegenstand der Diskussion</b>	Investitionen	politische Normen, strategische Planung (Projekte)	Fonds für Investitionen und Projekte (für spezifische Gruppen, Minderheiten etc.). Mitgestalterrolle bei Umsetzung	Fonds für Investitionen und Projekte	Stadtteil: Investitionen u. Projekte Stadtebene: Projekte, (politische Normen)	Generelle Finanzsituation, einzelne Dienstleistungen, Haushaltsausgleich
<b>Modalitäten der Diskussion</b>	Hierarchisierung von Investitionen	Diskussion ohne Prioritätensetzung	Hierarchisierung von Investitionen und Projekten (Prioritätensetzung für die Ausrichtung der Politik des Trägers)	Hierarchisierung von Investitionen und Projekten	Diskussion ohne Hierarchisierung,	Diskussion <u>ohne</u> Hierarchisierung
<b>Deliberative Qualität</b>	gut	mittel bis gut	mittel bis gut	gut	niedrig bis mittel	niedrig
<b>Existenz von Verteilungskriterien</b>	ja	nein, aber Förderkriterien möglich	Verteilungs- oder Förderkriterien wahrscheinlich	nein, aber Förderkriterien möglich	nein	nein
<b>Einfluss/ Autonomie der Zivilgesellschaft</b>	hoch	niedrig bis mittel	hoch	Einfluss des privaten Geldgebers	niedrig	niedrig
<b>Teilnehmende Bürger**</b>	aktive, (+ organisierte)	organisierte	organisierte	organisierte	aktive (+ organisierte)	einfache, aktive
<b>Einbeziehung der Wirtschaft</b>	nein	ja, und anderer lokaler Institutionen	marginal	ja	nein	marginal

\* Die Setzung von Klammern „(...)“ bedeutet, dass es sich um eine Option handelt

\*\* einfache Bürger = durch Zufallsauswahl bestimmt; aktive Bürger = Teilnahme durch öffentliche Bekanntmachung; organisierte Bürger = Vereine, Initiativen, etc.

**Typology of procedures**

